

Erkenntnisse aus Aggregat- und Individualdatenanalysen

Die politische Krise der Corona-Pandemie und die Rolle der Medien

Von Dorothee Arlt*, Jens Wolling*, Sophia Schaller* und Christina Schumann*

Schon kurz nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 hat sich diese zu einer multiplen Krise entwickelt, die alle gesellschaftlichen Teilbereiche maßgeblich geprägt und herausgefordert hat. Bis heute sind weltweit fast sieben Millionen Menschen dem Coronavirus zum Opfer gefallen; in Deutschland beträgt die Zahl der Todesfälle in Zusammenhang mit dem Virus fast 170.000. (1) Das Gesundheitssystem erholt sich nur langsam von der Überlastung während der Corona-Pandemie, und die gesundheitlichen Langzeitfolgen für Long-Covid-Patienten oder mutmaßlich Impfgeschädigte sind derzeit noch gar nicht absehbar. (2) Auch die Auswirkungen auf die psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen geraten erst jetzt stärker in den Fokus. (3) Neben den gesundheitlichen Folgen sind zudem die sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Corona-Pandemie immens. Die Corona-Krise hat bestehende soziale Ungleichheiten verstärkt und die Probleme in bestimmten Bevölkerungsgruppen verschärft. Vor allem die unteren Bildungs- und Einkommenschichten sind stark betroffen.

Corona-Pandemie hat Folgen für das politische System

Nicht zuletzt hat sich die Corona-Pandemie aber zu einer politischen Krise entwickelt. Um das Pandemiegeschehen einzudämmen, haben Regierungen weltweit außergewöhnlich strikte und vielfach umstrittene Maßnahmen ergriffen (Verhängung von Lockdowns, Maskenpflicht, Kontaktverbote, Schließung von Schulen und Kitas). Maßnahmen, die tief in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger demokratischer Gesellschaften eingriffen, und die vor dem Ausbruch der Pandemie außerhalb von Kriegszeiten kaum vorstellbar gewesen wären. In der Konsequenz haben sich heftige politische Debatten und Auseinandersetzungen über den angemessenen Umgang mit der Pandemie entzündet. Dabei positionierten sich schon bald rund 30 Prozent der Deutschen als Kritiker der eingeleiteten Maßnahmen und stellten zudem die von dem Virus ausgehende gesundheitliche Bedrohung infrage. (4) Darüber hinaus hat sich schon recht früh eine Anti-Corona-Protestbewegung etabliert, deren Mitglieder sich selbst als Querdenker bezeichnen. Ihnen gelang es, teilweise mehrere tausend Menschen zu Protesten gegen Gesetze und Verordnungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zu mobilisieren. (5) Diese Protestbewegung ist zentraler Treiber für einen populistischen und vielfach rechtstextremistisch geprägten Radikalisierungs-

prozess, in dessen Zuge Verschwörungsmythen verbreitet wurden und eine erhebliche Demokratiedisziplin zum Ausdruck kam. (6)

Kurz und knapp

- Die Medien wurden vor allem zu Beginn der Corona-Pandemie und bei hohem Infektionsgeschehen intensiv genutzt.
- Von den journalistischen Quellen wurde das öffentlich-rechtliche Fernsehen am intensivsten genutzt.
- Geringes Medienvertrauen und hohe Themenverdrossenheit begünstigen eine negative Beurteilung der Corona-Politik.
- Qualitätsjournalismus wirkt in dieser politisch aufgeheizten Zeit gesellschaftlich stabilisierend.

Dass das Handeln der Regierenden kritisiert wird und die Menschen deswegen auf die Straße gehen, ist in einer Demokratie nicht nur normal, sondern Kennzeichen für ein funktionierendes freiheitliches politisches System. Von daher ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Corona-Politik der Regierung zunächst einmal kein Grund zur Sorge. Ebenso ist in einer Demokratie gewaltfreier politischer Protest ein legitimes Mittel der politischen Beteiligung und eine bewährte Möglichkeit, seine Unzufriedenheit – beispielweise mit der Corona-Politik – zum Ausdruck zu bringen. Anders stellt sich die Lage jedoch dar, wenn die Kritik an politischen Entscheidungen und Prozessen nicht mit sachlichen Argumenten begründet wird, sondern wenn diese Kritik mit Fake News und Verschwörungserzählungen verknüpft wird. Tatsächlich waren und sind Falschmeldungen und Verschwörungsmythen bezüglich Corona ein massives Problem. Seit Beginn der Pandemie wurden kontinuierlich falsche Behauptungen zur Herkunft, Gefährlichkeit, (un)geeigneten Behandlungen, Schutzmaßnahmen oder politischen Zusammenhängen bezüglich des Corona-Virus verbreitet. Häufig waren es mehrere Fake News pro Woche, die allein vom investigativen Onlinenetzwerk Correctiv aufgedeckt und richtiggestellt wurden. (7) Auch der WHO-Generaldirektor beklagte bereits im Februar 2020, dass man nicht nur eine Pandemie, sondern auch eine „Infodemie von Falschaussagen“ bekämpfen müsse, die sich genauso schnell verbreite wie das Virus und mindestens genauso gefährlich sei. (8)

Fake News und Verschwörungsmythen werden zum Problem

Noch dramatischer – und weit entfernt von jedweder demokratischen Auseinandersetzung – ist es

* TU Ilmenau.

jedoch, wenn die Corona-Politik als Rechtfertigung für Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker herangezogen wird. Tatsächlich haben in Deutschland insbesondere Kommunalpolitiker davon berichtet, dass sie von militanten Corona-Kritikern bedroht wurden. Vor den Privathäusern von Landes- und Kommunalpolitikern wurden sogar Fackelzüge veranstaltet, um diese einzuschüchtern. (9)

Thema Corona dominiert die Medienberichterstattung

Über die genannten Ereignisse und Entwicklungen wurde in den Massenmedien intensiv berichtet. Inhaltsanalytische Befunden belegen, dass Corona die deutsche Nachrichtenberichterstattung im Vergleich zu allen anderen Themen stark dominiert hat. Bei der Corona-Berichterstattung lag der Schwerpunkt auf politischen Themen in Deutschland. Dabei war eine erhebliche Konzentration auf politische Akteure festzustellen, deren Kompetenzen in den deutschen Leitmedien überwiegend negativ dargestellt wurden. Im Zeitverlauf von Januar 2020 bis April 2021 hat sich die Darstellung der Politik zudem dramatisch verschlechtert. Auch den Polittalkshows der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender des Jahres 2020 wurde eine zunehmende Politisierung der Pandemie attestiert, wobei die Kritik an der Corona-Politik immer stärker in den Fokus geriet. (10)

Obwohl die gesamte Bevölkerung unmittelbare Erfahrungen mit der Pandemie machen konnte, waren die Medien für die Bürgerinnen und Bürger trotzdem eine bedeutsame Informationsquelle über alle mit der Pandemie verbundenen Ereignisse. Allerdings werden die Intensität der Berichterstattung, deren Schwerpunktsetzung (z. B. die permanente Wiederholung von Inzidenzen und Todeszahlen), deren Vertrauenswürdigkeit (z. B. Ausgewogenheit), sowie die Qualität (z. B. Verständlichkeit, Sachlichkeit) von den Rezipienten durchaus kritisch gesehen. (11)

Rolle der Medien während Corona-Pandemie bisher kaum im Zeitverlauf untersucht

Wie sich jedoch die Entwicklung von Mediennutzung, Medienbewertung und politischen Einstellungen im Kontext der Corona-Pandemie im Zeitverlauf darstellt, ist bisher noch wenig untersucht. Es ist nicht bekannt, wie sich das Vertrauen in die Corona-Berichterstattung entwickelt hat, ob der Verdross über die Berichterstattung gestiegen oder abgenommen hat und ob sich der Eindruck, dass Corona andere wichtige Themen aus den Medien verdrängt, im Zeitverlauf verändert hat.

Längsschnitt-Panelerhebung von April 2020 bis April 2022

Das gleiche gilt auch für die politischen Einstellungen: Wie hat sich die Zufriedenheit mit der Corona-Politik entwickelt? Ist der Glaube an Verschwörungsmethoden gestiegen oder hat er nachgelassen? Ist die Akzeptanz von Gewaltandrohungen gegenüber Politikern, die für die Corona-Politik verantwortlich waren, größer geworden oder hat sie abgenommen? Völlig unklar ist zudem, welche Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Entwicklungen im Zeit-

verlauf existieren. Genau hier knüpft der vorliegende Beitrag an, der auf Basis einer Längsschnitt-Panelerhebung mit acht Befragungswellen die Entwicklungen und Zusammenhänge dieser Konstrukte im Zeitraum zwischen April 2020 bis April 2022 betrachtet. Dazu wurden im ersten Teil Analysen mit aggregierten Daten durchgeführt und anschließend beispielhaft Analysen mit Individualdaten ergänzt, um Kausalzusammenhänge aufzuspüren.

Ergebnisse der politischen Kommunikationsforschung zeigen, dass sowohl die Nutzung als auch die Wahrnehmung und Bewertung von Medien und Medieninhalten eine bedeutende Rolle für die Entstehung oder Veränderung von Einstellungen gegenüber der Politik spielen können. Angesichts der starken Dominanz der politischen Aspekte des Corona-Themas in den Medien und der zunehmenden Kritik an der Corona-Politik sowie den Entscheidungen der Regierenden, sind vor allem negative Effekte der Mediennutzung auf die Einstellungen der Menschen gegenüber der Leistung und dem Agieren der Regierung zu erwarten.

Datengrundlage und Kontext

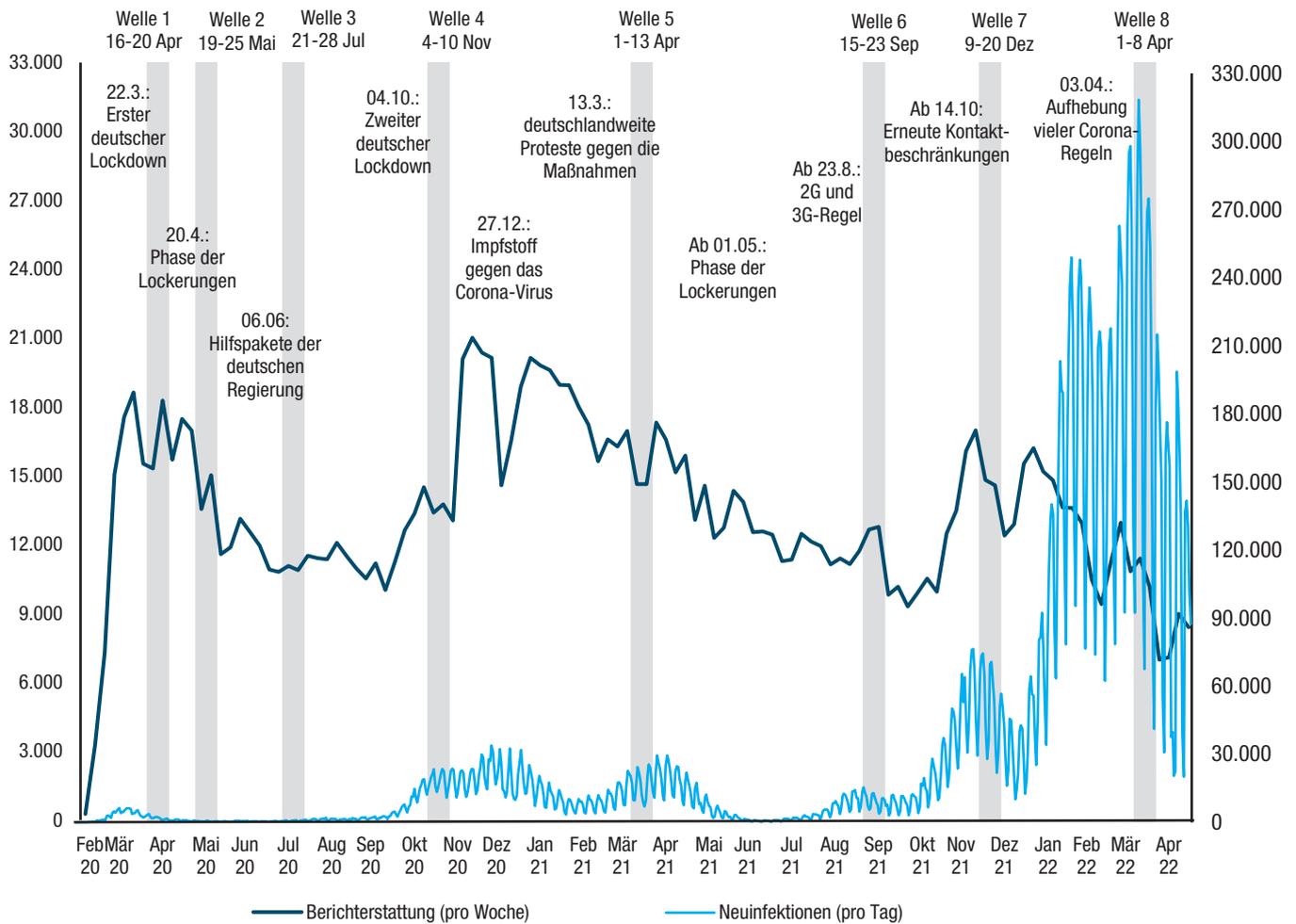
Die empirische Grundlage dieses Beitrags sind Daten einer quantitativen Längsschnitt-Panelerhebung, die durch das Online-Access-Panel der respondi AG (12) realisiert wurde. Die quotierte Befragung ist bevölkerungsrepräsentativ für die deutschsprachigen Onliner ab 18 Jahren in Bezug auf die Merkmale Alter, Geschlecht und Bildung. Die Studie umfasst insgesamt acht Befragungswellen, die von April 2020 bis April 2022 durchgeführt wurden. Die erste Erhebungswelle fand zu Beginn der Pandemie im April 2020 statt. An dieser nahmen insgesamt 1.458 Personen (50,4% weiblich) im Alter zwischen 18 und 82 Jahren (Durchschnittsalter: 46,9 Jahre) teil. Von den Befragten hatten 32 Prozent einen niedrigen (Haupt- oder Volksschulabschluss), 32 Prozent einen mittleren (Realschulabschluss/Mittlere Reife) und 36 Prozent einen höheren Bildungsabschluss (Abitur/Hochschulreife: 19%; abgeschlossenes Studium: 16%). Die drei drauffolgenden Panelwellen fanden im Mai 2020 (n = 1.233), Juli 2020 (n = 1.014) und November 2020 (n = 822) statt. Im April 2021 wurde die fünfte Befragungswelle durchgeführt. Um die Panelmortalität auszugleichen, wurden für die fünfte Welle 1.320 neue Befragte auf Grundlage der gleichen Quotenmerkmale zusätzlich rekrutiert. Somit nahmen an dieser Befragung insgesamt 2.029 Befragte (49,9% weiblich; Durchschnittsalter: 49,0 Jahre) teil. Danach erfolgten drei weitere Erhebungen: September 2021 (n = 1.344), Dezember 2021 (n = 1.162) und abschließend im April 2022 (n = 856).

Betrachtet man die realen Entwicklungen der Corona-Pandemie in Deutschland und des Umfangs der

Acht Befragungswellen, bevölkerungsrepräsentativ für Onliner ab 18 Jahren

Abbildung 1

Entwicklungen der Coronavirus-Pandemie und Umfang der Berichterstattung in Deutschland



Quellen: Robert Koch Institut (RKI) (2023): Gesamtübersicht der pro Tag ans RKI übermittelten Fälle und Todesfälle. http://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Fallzahlen_Gesamtuebersicht.html (abgerufen am 1.3.2023) und eigene Darstellung.

Corona-Berichterstattung (13) (vgl. Abbildung 1), so sind drei Aspekte in Bezug auf die acht Befragungswellen festzuhalten.

Infektionsgeschehen, politischen Maßnahmen und Medienberichterstattung ändern sich im Zeitverlauf

Erstens unterscheidet sich das Infektionsgeschehen zwischen den acht Befragungszeitpunkten deutlich. Im Mai und Juli 2020 sowie im September 2021 waren die Infektionszahlen deutlich niedriger als beispielsweise im Dezember 2021 oder im April 2022. Zweitens variiert der politische Kontext in Bezug auf die jeweils geltenden, diskutierten oder wieder aufgehobenen Corona-Maßnahmen zwischen den Befragungen stark. Beispielsweise fällt die erste Befragung in die Zeit des ersten deutschen Lockdowns, während die Maßnahmen kurz vor der letzten Befragung im April 2022, trotz sehr hoher Infektionszahlen, weitgehend gelockert waren. Drittens lassen sich die Befragungszeiträume in Bezug auf die mediale Berichterstattung in Zeiten besonders hoher oder vergleichsweise niedriger medialer Aufmerksamkeit

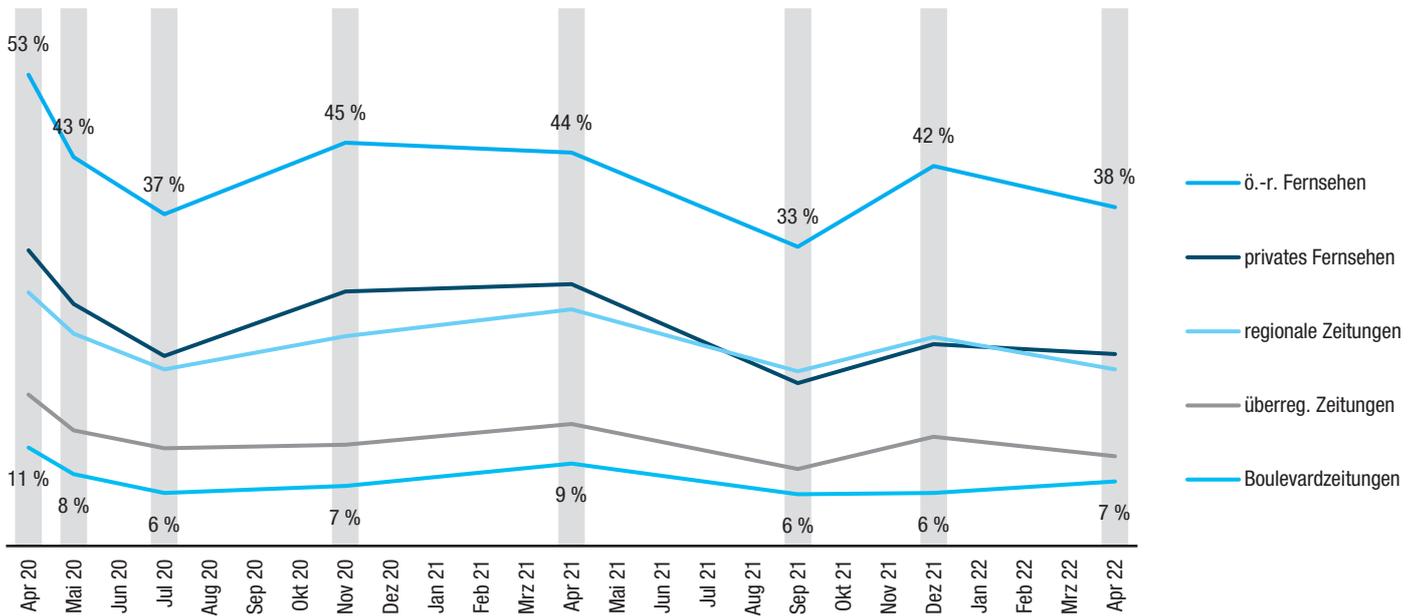
unterteilen. Erstere sind in der Regel mit einem Anstieg der Infektionszahlen und entsprechend stärkeren Einschränkungen verbunden, während Letztere in Zusammenhang mit einer weniger angespannten Lage zu beobachten sind.

Zur Beantwortung der zuvor aufgeworfenen Forschungsfragen wurden in der Panelbefragung verschiedene Indikatoren zur medialen Informationsnutzung, der Bewertung der Corona-Berichterstattung sowie politische Einstellungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erhoben. Hinsichtlich der Informationsnutzung wurden die Teilnehmenden gefragt, wie häufig sie aus verschiedenen Quellen Informationen über Corona erhalten. Hierbei wurde zwischen traditionellen journalistischen Quellen (z. B. öffentlich-rechtliches, privates Fernsehen, regionale und überregionale Zeitungen, Boulevardzeitungen) und nicht-journalistischen Quellen (RKI, Regierung, Experten, Bürger) unterschieden. (14) Für die Bewer-

Untersuchungskategorien für die Panelbefragung

Abbildung 2
Nutzung journalistischer Quellen im Zeitverlauf

Prozentanteil der Personen, die in den letzten vier Wochen mindestens täglich Informationen über Corona erhalten haben



Quelle: Eigene Darstellung.

tung der Berichterstattung über Corona wurden drei Kriterien berücksichtigt: Vertrauen in die Berichterstattung (Medienvertrauen), Verdrossenheit über die Corona-Berichterstattung (Themenverdrossenheit), und wahrgenommene Verdrängung von anderen politischen Themen aus der Berichterstattung (Themenverdrängung). (15) Für die politischen Einstellungen stehen vier Indikatoren zur Verfügung, die sich – wie eingangs dargelegt – hinsichtlich ihrer Problematik für das politische System unterscheiden: Dabei handelt es sich um a) Unzufriedenheit mit der Corona-Politik der Bundesregierung, b) Verständnis für Corona-Proteste, c) corona-spezifischer Verschwörungsglaube und d) Akzeptanz politischer Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker. (16)

Ergebnisse – Umfang der Corona-Berichterstattung und Nutzung journalistischer Quellen im Zeitverlauf

Öffentlich-rechtliches Fernsehen ist bei weitem wichtigste Informationsquelle

Vergleicht man die Nutzungsintensität der fünf journalistischen Quellen im Zeitverlauf, dann fallen zwei Dinge besonders auf (vgl. Abbildung 2): (17) Über den gesamten Untersuchungszeitraum ist das öffentlich-rechtliche Fernsehen die mit Abstand bedeutendste Informationsquelle über das Thema Corona. Im April 2020 gaben 53 Prozent der Befragten an, in den letzten vier Wochen mindestens einmal täglich Informationen über Corona aus Informationsangeboten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens erhalten zu haben. Rund zwei Jahre später, im April 2022, waren es immer noch 38 Prozent, die mindestens

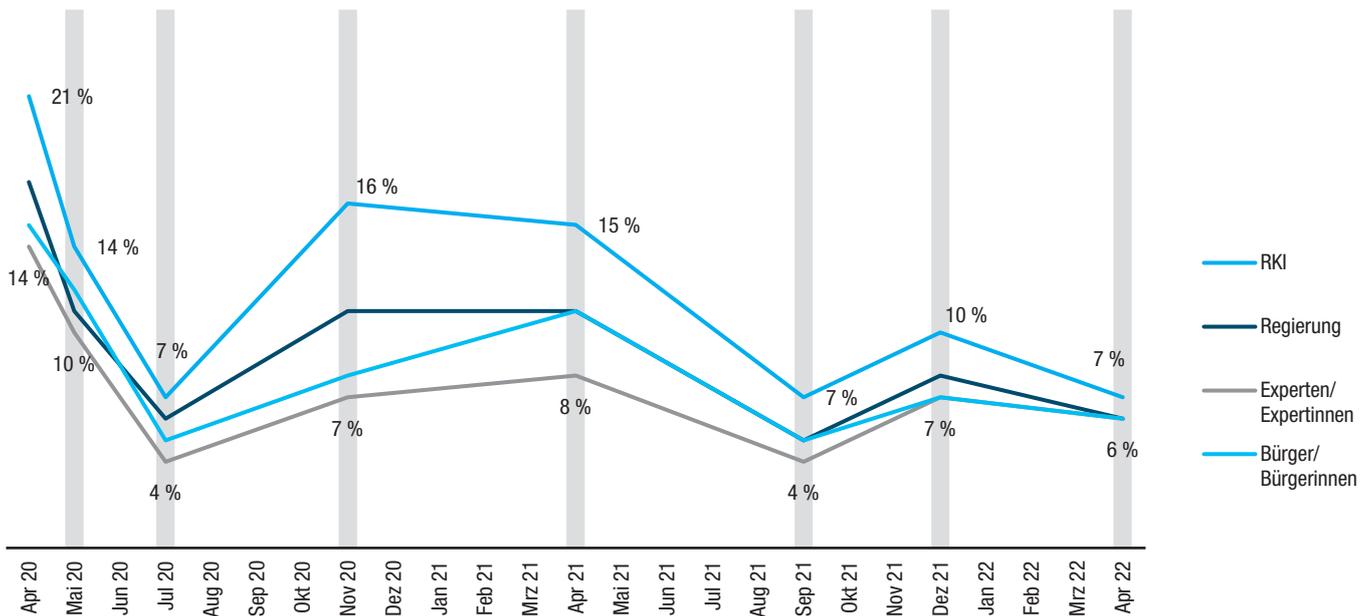
einmal täglich Corona-Informationen aus dieser Quelle erhalten haben. Die Befunde der Längsschnittanalyse bestätigen die herausragende Bedeutung des öffentlichen-rechtlichen Fernsehens nicht nur zu Beginn, sondern auch während der Corona-Pandemie. (18) Auf dem zweiten und dritten Rang in Bezug auf die Nutzungsintensität folgen private Fernsehprogramme und regionale Tageszeitungen. Von den journalistischen Informationsquellen wurden die Boulevardzeitungen am seltensten genutzt. Zwar unterscheidet sich die Nutzungsintensität der fünf journalistischen Informationsquellen deutlich, aber der Verlauf der fünf Kurven über die Zeit hinweg ist sehr ähnlich. Dies belegen auch die bivariaten Rangkorrelationen zwischen den fünf Zeitreihen. Alle Zusammenhänge sind ausgesprochen stark ($\rho = .79$ bis $\rho = .98$) und zudem sind sie – trotz der geringen Zahl von acht Messzeitpunkten – alle signifikant. Diese statistischen Kennzahlen untermauern, dass sich die Nutzungszahlen der verschiedenen Medien parallel entwickelt haben.

Mögliche Erklärungen für die Veränderungen in der Informationsnutzung im Zeitverlauf lassen sich aus den realen Entwicklungen der Coronavirus-Pandemie und dem Umfang der Corona-Berichterstattung ableiten (vgl. Abbildung 1). Die Intensität der Corona-Berichterstattung hat sich bis Dezember 2021 stark an den Infektionswellen orientiert. Danach ging die Berichterstattung zurück, obwohl die Inzidenzen sehr stark anstiegen. Eine mögliche Erklärung hierfür ist,

Angebot und Nutzung der Corona-Berichterstattung entwickeln sich ähnlich

Abbildung 3
Nutzung nicht-journalistischer Quellen im Zeitverlauf

Prozentanteil der Personen, die in den letzten vier Wochen mindestens einmal täglich Informationen über Corona von den jeweiligen Akteuren erhalten haben



Quelle: Eigene Darstellung.

dass andere dringliche Themen, wie etwa der im Februar 2022 von Russland begonnene Angriffskrieg gegen die Ukraine, hohe Medienbeachtung verlangten, wodurch Corona an medialer Aufmerksamkeit verlor. Zudem war die medizinische Aussagekraft der Inzidenzwerte zu diesem Zeitpunkt auch bereits stark eingeschränkt, wodurch ihr Nachrichtenwert für die Medien deutlich nachließ.

Die Mediennutzung der Menschen zum Thema Corona entwickelte sich ähnlich wie das Angebot. Wenn das Angebot ansteigt, geben die Menschen an, häufiger Informationen über das Thema aus den Medien erhalten zu haben; geht die Berichterstattungsintensität hingegen wieder zurück, dann sinkt auch der Anteil derjenigen, die häufig Informationen über das Thema aus den Medien erhalten haben. Die Parallelität von Angebot und Nutzung ist besonders stark bei den Fernsehangeboten zu beobachten, was sowohl auf die zeitlichen Kapazitätsgrenzen der linearen Medien als auch auf die ihrer Rezipienten zurückzuführen sein dürfte, während das Angebot – vor allem der digitalen Printmedien – von solchen Einschränkungen weitgehend entkoppelt ist.

Nutzung nicht-journalistischer Informationsquellen im Zeitverlauf

Die Nutzung der nicht-journalistischen Informationsquellen im Zeitverlauf ist in Abbildung 3 dargestellt. Sie zeigt an, wie hoch der Anteil derjenigen ist, die in den letzten vier Wochen mindestens einmal täglich

Informationen zu Corona unmittelbar vom Robert Koch Institut (RKI), der Bundesregierung, von Experten oder von anderen Bürgerinnen und Bürgern über Social Media, Blogs, Webseiten oder Podcasts erhalten haben.

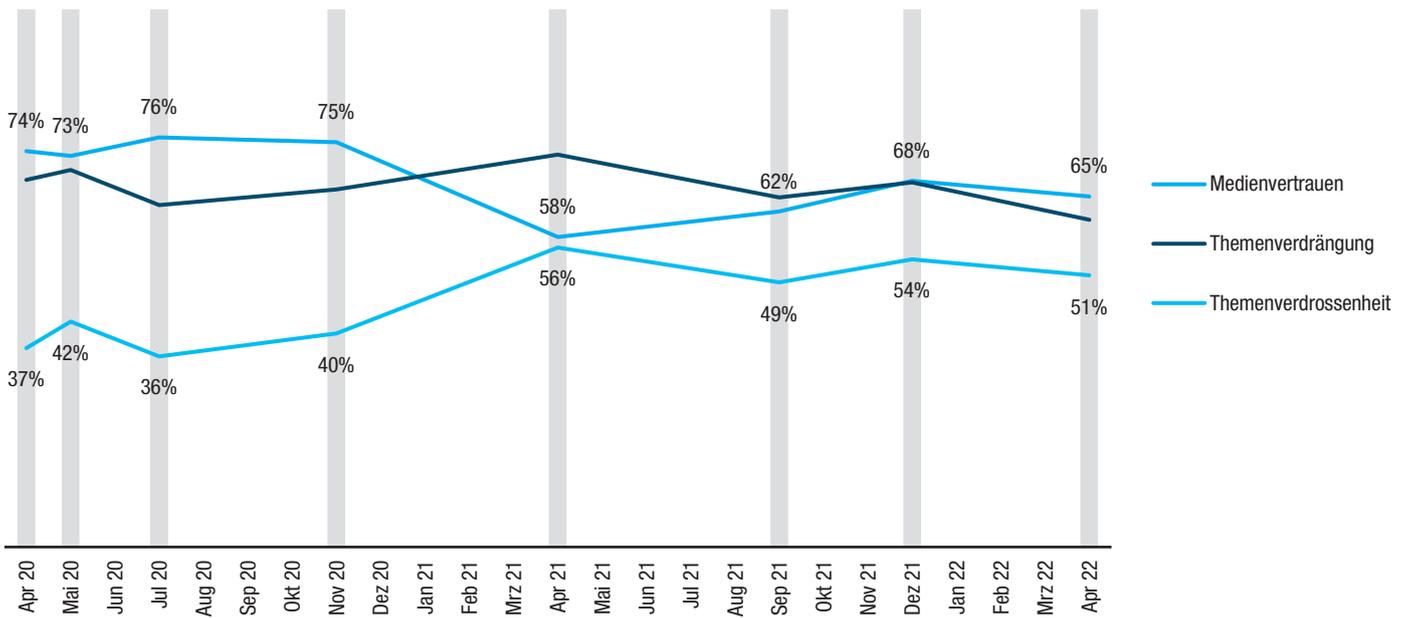
An den Befunden sind zwei Dinge besonders bemerkenswert: Zum einen weisen die Nutzungskurven der nicht-journalistischen Informationsquellen ähnliche Entwicklungen auf wie die Nutzungskurven der journalistischen Informationsquellen, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau (siehe Abbildung 2). Statistisch zeigt sich diese Parallelität daran, dass sowohl zwischen der Nutzungsintensität der vier nicht-journalistischen Quellen ($\rho = .76$ bis $\rho = 1.00$) als auch zwischen der Nutzungsintensität der nicht-journalistischen Quellen und der der journalistischen Medien fast durchgängig sehr hohe signifikante Zusammenhänge bestehen ($\rho = .81$ bis $\rho = .97$).

Zum anderen ist bemerkenswert, dass die Intensität der Nutzung von Informationen, die unmittelbar vom RKI bezogen werden, vergleichsweise hoch ausfällt; insbesondere, wenn man bedenkt, dass das RKI auch in der medialen Berichterstattung sehr häufig als Akteur auftrat. Im Vergleich zum RKI spielen die Bundesregierung und andere Experten eine eher untergeordnete Rolle als Informationsquelle. Insgesamt unterstreichen die Befunde die herausragende Bedeutung der Wissenschaft in Gestalt des RKI während der Corona-Pandemie.

Paralleler Verlauf bei der Nutzung journalistischer und nicht-journalistischer Infoquellen

Hohe Bedeutung des Robert Koch Instituts als Informationsquelle

Abbildung 4
Bewertung der Berichterstattung im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Darstellung.

Bewertung der Corona-Berichterstattung im Zeitverlauf

Medienvertrauen ist am Anfang der Pandemie am höchsten

Wie sich die Entwicklungen von Medienvertrauen, Themenverdrossenheit und der wahrgenommenen Themenverdrängung im Zeitverlauf darstellen, ist Abbildung 4 zu entnehmen. Hinsichtlich des Vertrauens in die Berichterstattung zeigt sich, dass dieses im gesamten ersten Corona-Jahr mit Zustimmungswerten zwischen 73 bis 76 Prozent auf einem konstant hohen Niveau war. Allerdings ist zwischen November 2020 und April 2021 ein massiver Vertrauensverlust zu beobachten. Zwar bekunden immer noch 58 Prozent der Befragten Vertrauen in die Medien zu haben, jedoch sind dies 17 Prozentpunkte weniger als zuvor. Danach steigt das Medienvertrauen zwar wieder langsam an, aber auch im April 2022 erreicht es noch nicht wieder das Niveau vom Beginn der Pandemie. Die Ursachen hierfür dürften zum einen in den realen Entwicklungen der Pandemie zu suchen sein, zum anderen aber vor allem in der rückläufigen Zustimmung zur Corona-Politik der Regierung. Es spricht einiges dafür, dass nach Einschätzung vieler Bürgerinnen und Bürger die etablierten Medien in schwierigen Zeiten einerseits loyale Unterstützer der Regierung sein, andererseits aber auch eine kritische Kontrollfunktion ausüben sollten. Nach dem langer Corona-Winter 2020/21 mit Lockdowns und der gerade noch abgewendeten „Osterruhe“ war es für die Medien schwierig dieses Verhältnis von Unterstützung und Kritik auszubalancieren. Wir werden später darauf zurückkommen.

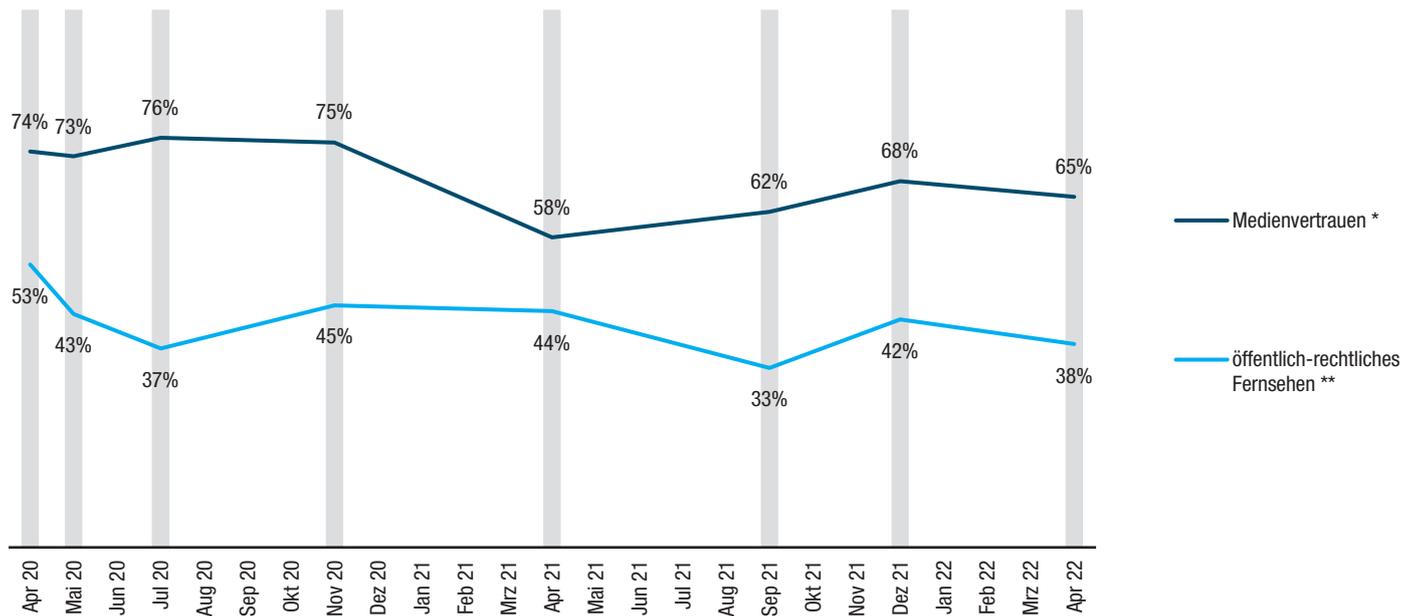
Betrachtet man die Entwicklung der Themenverdrossenheit, empfanden schon im April 2020 fast zwei Fünftel (37 %) der Deutschen Verdrossenheit über das Thema Corona in den Medien. Diese Rate bleibt im ersten Corona-Jahr weitgehend konstant. Von November 2020 bis April 2021 ist dann jedoch ein starker Anstieg von 16 Prozentpunkten in der Themenverdrossenheit zu verzeichnen: Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (56 %) ist zu Anfang des zweiten Corona-Jahres themenverdrossen, und die Themenverdrossenheit verbleibt fortan auf diesem höheren Niveau. Somit verläuft die Entwicklung der Themenverdrossenheit fast spiegelverkehrt zu der des Medienvertrauens. Wenn das Medienvertrauen der Menschen zu einem Zeitpunkt hoch ist, dann ist deren Themenverdrossenheit eher niedrig und umgekehrt. Dieser Zusammenhang zwischen den aggregierten Daten findet seinen Ausdruck auch in einer starken, signifikant negativen Korrelation ($\rho = -.88$).

Deutlich anders gelagert ist die wahrgenommene Themenverdrängung. Der Anteil derjenigen, die eine Verdrängung anderer politischer Themen aus der medialen Berichterstattung wahrnehmen, ist mit 68 Prozent schon zu Beginn der Pandemie relativ hoch und verändert sich über den gesamten Zeitraum hinweg kaum. Von daher bestehen auch keine signifikanten Zusammenhänge zwischen den aggregierten Werten der wahrgenommenen Themenverdrängung und den aggregierten Werten der anderen beiden Medienbewertungsindikatoren ($\rho = -.24$ und

Themenverdrossenheit und Medienvertrauen verlaufen gegenläufig

Wahrnehmung, dass Corona andere Themen verdrängt, ist fast durchgängig hoch

Abbildung 5
Nutzung öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Medienvertrauen im Zeitverlauf
Nutzung und Zustimmung



* Prozentanteil "stimme voll und ganz/eher zu".

** Prozentanteil der Personen, die in den letzten vier Wochen mindestens täglich Informationen über Corona aus dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen erhalten haben.

Quelle: Eigene Darstellung.

rho = .29). Dabei decken sich die Eindrücke der Rezipienten mit inhaltsanalytischen Befunden, die auf eine beinahe monothematische Medienagenda im Kontext der Corona-Pandemie hindeuten. (19) Die im September 2021 und im April 2022 etwas geringer ausgeprägte Themenverdrängung könnte mit der Bundestagswahl und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zusammenhängen.

Zusammenhänge zwischen Informationsnutzung und Medienbewertung im Zeitverlauf

Medienvertrauen und Themenverdrossenheit verlaufen unabhängig von der Mediennutzung

Es ist bekannt, dass auf Individualdatenniveau Zusammenhänge zwischen der Bewertung von Medienangeboten und deren Nutzung bestehen. Allerdings ergibt sich daraus nicht automatisch, dass solche Zusammenhänge auch zwischen den Aggregatdatenreihen existieren müssen. Um dies zu prüfen, wurden Zusammenhänge zwischen der Nutzung der verschiedenen Medien und den Medienbewertungen über die acht Messzeitpunkte berechnet. Generell zeigt sich, dass die wahrgenommene Themenverdrängung mit fast allen Nutzungsvariablen – egal ob mit publizistischen Medien oder mit nicht-journalistischen Quellen – deutlich korreliert (zwischen rho = .64 und rho = .86). Das bedeutet, dass zu jenen Zeitpunkten, an denen viele Rezipienten häufig Informationen zu Corona aus Medien und anderen Quellen erhalten, auch von vielen eine stärkere Themenverdrängung wahrgenommen wird. Zwischen Medien-

vertrauen und coronabezogener Informationsnutzung, aber auch zwischen Themenverdrossenheit und coronabezogener Informationsnutzung lassen sich auf Aggregatniveau hingegen keine nennenswerten Zusammenhänge ermitteln (alle rho < .24). Das bedeutet, dass sich sowohl das Medienvertrauen als auch die Themenverdrossenheit unabhängig von der Mediennutzung entwickeln. In Abbildung 5 ist beispielhaft die Entwicklung der Nutzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Medienvertrauens dargestellt. Sowohl der optische Eindruck als auch der statistische Kennwert (rho = .21) zeigen, dass der Verlauf der beiden Kurven weitgehend unabhängig voneinander ist. Mit den anderen Nutzungsvariablen sind die Zusammenhänge ähnlich schwach.

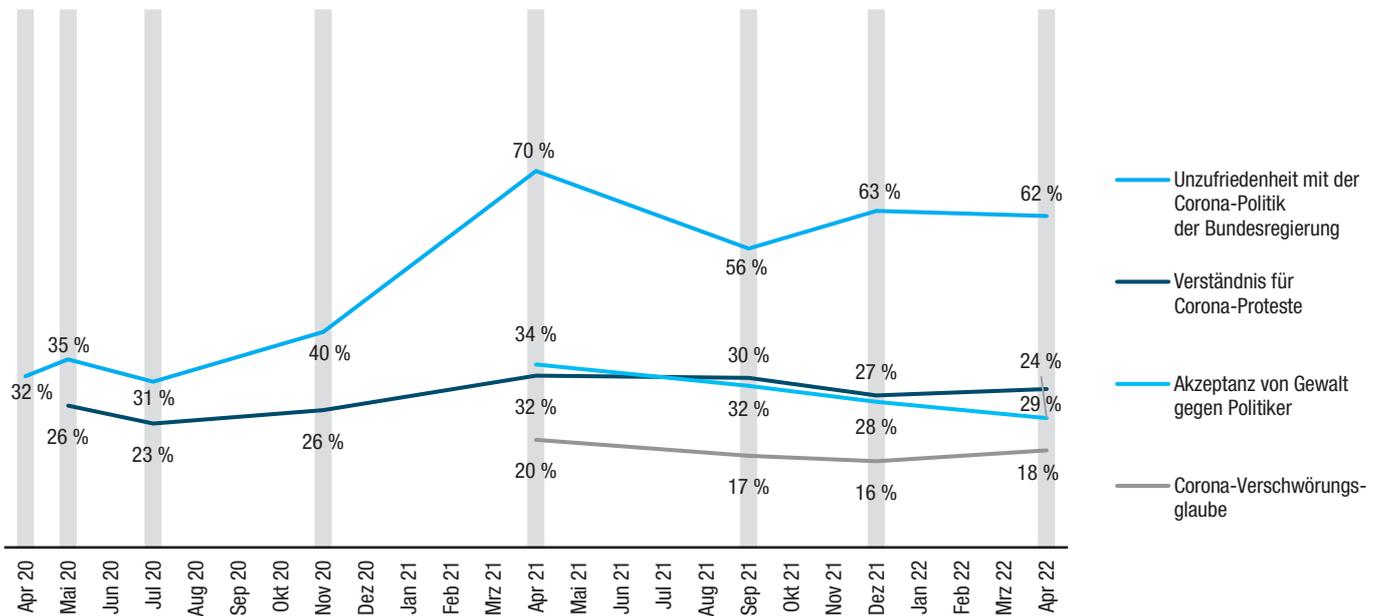
Politische Einstellungen im Kontext der Corona-Pandemie und die Rolle der Medien

Neben der Entwicklung der Informationsnutzung und den Medienbewertungen im Zeitverlauf untersucht dieser Beitrag auch die politischen Folgen der Corona-Pandemie und die mögliche Rolle der Medien in diesem Zusammenhang.

In Abbildung 6 ist zunächst dargestellt, wie sich die politischen Einstellungen im Zeitverlauf entwickelten. Bezüglich der Unzufriedenheit mit der Corona-Politik lässt sich deutlich beobachten, dass die große

Unzufriedenheit mit der Corona-Politik nimmt im Verlauf der Pandemie zu

Abbildung 6
Entwicklung der politischen Einstellungen



Quelle: Eigene Darstellung.

Mehrheit der Bevölkerung in den ersten Monaten der Corona-Pandemie durchaus mit dem Krisenmanagement der Regierung zufrieden war; der Anteil der Unzufriedenen lag bis Juli 2020 zwischen 32 und 31 Prozent. Allerdings deutet sich bereits im November 2020 ein Anstieg in der Unzufriedenheit mit der Corona-Politik an (40 %), die im April 2021 ihren absoluten Höhepunkt erreicht hat: Mehr als zwei Drittel sind nun unzufrieden mit der Corona-Politik der Bundesregierung. Zwar sinkt die Unzufriedenheit in den darauffolgenden Monaten wieder etwas, doch die Mehrheit der Befragten bleibt bis zum Ende des Untersuchungszeitraums unzufrieden.

Bei den anderen politischen Einstellungen ist deutlich mehr Stabilität über die Zeit zu beobachten. Der Prozentanteil derjenigen, die die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen als gerechtfertigt ansehen, liegt im niedrigsten Fall bei 23 Prozent und steigt im Höchstfall auf 32 Prozent. Dies ist erstmals im April 2021 der Fall, wo sich auch die höchste Unzufriedenheit mit der Corona-Politik beobachten lässt. Zu diesem Zeitpunkt ist auch der Prozentsatz derjenigen, die Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker aufgrund ihrer Corona-Politik akzeptieren, mit 32 Prozent am höchsten. In den nachfolgenden Monaten ist die Tendenz zwar leicht rückläufig, doch auch im April 2022 zeigt immer noch rund ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger Verständnis für Gewalt gegen Politiker. Ein coronabezogener Verschwörungsglaube ist zwar vergleichsweise gering. Dennoch sind es immerhin 16 bis 20 Prozent der Befragten, die solche Einstellungen äußern.

Informationsnutzung, Medienbewertungen und politische Einstellungen im Zeitverlauf

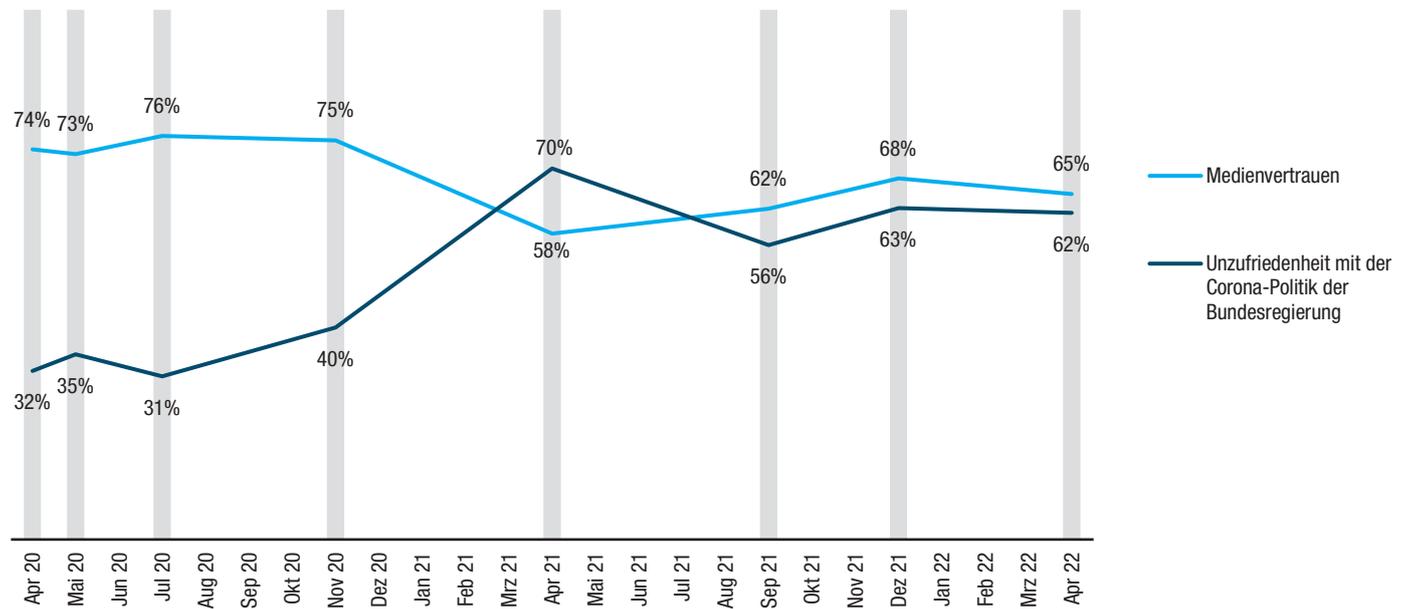
In der politischen Kommunikationsforschung lassen sich viele Belege dafür finden, dass sowohl Einstellungen zur Politik als auch der Glaube an Verschwörungstheorien mit der Nutzung und Bewertung von Medien – insbesondere dem Medienvertrauen – auf Individualdatenebene zusammenhängen. Ob und wie sich diese Zusammenhänge im Kontext der Corona-Pandemie im Zeitverlauf auf Aggregatebene darstellen, wird nachfolgend näher betrachtet. Dabei beschränken wir uns auf die Beurteilung der Corona-Politik und die Einschätzung, ob die Proteste gerechtfertigt sind oder nicht, da hierzu genügend Messzeitpunkte vorliegen. Da die Daten zum Corona-Verschwörungsglauben und zur Akzeptanz von Gewalt gegen Politiker erst ab April 2021 erhoben wurden, lassen sich die Rangkorrelationen zwischen den aggregierten Daten in diesen beiden Fällen nicht sinnvoll berechnen.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass zwischen der Entwicklung der Nutzungsintensität der verschiedenen Informationsangebote und den Einstellungen zur Regierungspolitik bzw. zu den Protestaktivitäten keine systematischen Zusammenhänge über die Zeit bestehen ($\rho < .25$). Auch die Entwicklung der wahrgenommenen Themenverdrängung hängt nicht mit der Entwicklung dieser politischen Einstellungsindikatoren zusammen ($\rho < .22$). Im Falle von Medienvertrauen und Themenverdrossenheit bestehen hingegen starke Korrelationen: Je höher das Medienvertrauen zu einem Zeitpunkt, desto geringer war zu

Je höher das Medienvertrauen, desto geringer die Unzufriedenheit mit der Regierung

Abbildung 7

Medienvertrauen und Unzufriedenheit mit der Corona-Politik im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Darstellung.

diesem Zeitpunkt die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik ($\rho = -.83$; siehe auch Abbildung 7) und desto geringer das Verständnis für die Corona-Proteste ($\rho = -.98$). Bei der Themenverdrossenheit waren die Zusammenhänge spiegelverkehrt: Je höher die Themenverdrossenheit zu einem Zeitpunkt, desto größer die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik ($\rho = .97$) und desto höher das Verständnis für die Proteste ($\rho = .80$).

Medieneffekte auf politische Einstellungen am Ende des zweiten Corona-Jahres

Abschließend wurde mithilfe von multiplen Regressionen untersucht, welche Wirkungen die Nutzung unterschiedlicher Medien und die Bewertung der Berichterstattung auf die hier untersuchten politisch relevanten Einstellungen haben. Die Analysen basieren auf Daten der siebten Befragungswelle, die kurz vor Weihnachten 2021 erhoben wurden, also zu einem Zeitpunkt, als die Corona-Inzidenzen erneut stark anstiegen und die Einschränkungen im Alltag weiterhin deutlich zu spüren waren. Gleichzeitig wurden aber die Forderungen nach Lockerungen von verschiedenen Seiten mit zunehmendem Nachdruck gebracht.

Intensive Informationsnutzer des ö.-r. Fernsehens sehen Corona-Politik weniger kritisch

Zur Untersuchung der Zusammenhänge wurden für alle vier politischen Einstellungen (abhängige Variablen) jeweils zwei multiple Regressionsmodelle berechnet. In den ersten Modellen wurden die Zusammenhänge im Dezember 2021 ohne Berücksichtigung der jeweiligen politischen Voreinstellung vom

September 2021 (vgl. Tabelle 1, Spalten 1 bis 4) berechnet. In den Befunden dieser Modelle lassen sich einige Muster erkennen: Bei Menschen, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen intensiv als Informationsquelle über Corona nutzen, sind alle politischen Einstellungen weniger kritisch. Diese Menschen sind weniger unzufrieden mit der Corona-Politik, haben ein geringeres Verständnis für Corona-Proteste, glauben weniger an Corona-Verschwörungstheorien und zeigen weniger Akzeptanz für Gewalt gegen Politiker. Bei Nutzern von Boulevardzeitungen sind diese kritischen Einstellungen hingegen stärker ausgeprägt, nur hinsichtlich der Unzufriedenheit mit der Corona-Politik findet sich der Effekt nicht. Auch die intensive Nutzung von Informationen zu Corona, die andere Bürgerinnen und Bürger über das Internet verbreiten, erweist sich in zwei Fällen als bedeutsam: Häufige Nutzer dieser Informationen zeigen ein höheres Verständnis für Corona-Proteste und glauben vermehrt an Corona-Verschwörungstheorien.

Von den Medienbewertungen erweist sich insbesondere das Medienvertrauen als bedeutsam: Bei Personen mit einem hohen Vertrauen in die Berichterstattung über Corona sind alle kritischen Einstellungen deutlich schwächer ausgeprägt. Das Medienvertrauen ist zudem in allen Modellen der stärkste Einflussfaktor ($\beta = -.31$ bis $\beta = -.40$). Bei Personen mit einer höheren Themenverdrossenheit sind sowohl das Verständnis für Corona-Proteste als auch der Corona-Verschwörungsglaube stärker. Die wahr-

Medienvertrauen hat starken Einfluss auf politische Einstellungen

Tabelle 1
Erklärungsmodelle für politische Einstellungen im Dezember 2021

	Modelle ohne politische Voreinstellung				Modelle mit politischer Voreinstellung			
	Unzufriedenheit mit Corona-Politik	Verständnis für Corona-Proteste	Corona-Verschwörungsglaube	Akzeptanz von Gewalt	Unzufriedenheit mit Corona-Politik	Verständnis für Corona-Proteste	Corona-Verschwörungsglaube	Akzeptanz von Gewalt
n	1 013	942	905	983	1 028	901	1 016	932
r ²	.29	.38	.35	.24	.51	.57	.72	.44
Nutzung öffentlich-rechtliches Fernsehen	-0,13	-0,12	-0,12	-0,22		-0,11		-0,14
Nutzung Boulevardzeitungen		0,13	0,12	0,13		0,07	0,04	0,08
Informationen von Bürgern/ Bürgerinnen		0,14	0,12			0,10		
Medienvertrauen	-0,40	-0,36	-0,37	-0,31	-0,15	-0,15	-0,11	-0,16
Themenverdrossenheit		0,21	0,14			0,12		
Themenverdrängung	0,18							
Politische Orientierung (rechts)			0,08					
Politisches Interesse (hoch)	0,09				0,06			
Bildung (hoch)			-0,14	-0,17				-0,10
Alter (in Jahren)		-0,09	-0,11	-0,10				-0,08
Voreinstellung (September 2021)					0,62	0,53	0,79	0,50

Anmerkung: Nur signifikante beta-Regressionskoeffizienten ($p < 0,01$); in allen Modellen wurden Alter, Bildung, Geschlecht, politisches Interesse und politische Orientierung kontrolliert. Lesebeispiel: Die Nutzung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens als Informationsquelle schwächt die Unzufriedenheit mit der Corona-Politik ab.

Quelle: Eigene Darstellung

genommene Themenverdrängung geht indes nur mit einer höheren Unzufriedenheit mit der Corona-Politik einher. Vereinzelt, aber eher unsystematisch zeigen sich geringe Zusammenhänge mit den Kontrollvariablen politische Orientierung, politisches Interesse, Bildungsniveau und Alter.

Die in den Querschnittsmodellen ermittelten Zusammenhänge zeigen, dass die Einstellungen zur Corona-Politik offensichtlich mit der Nutzung bestimmter Medien und der Medienbewertung zusammenhängen. Dies deutet darauf hin, dass die untersuchten Einstellungen und die Nutzung bestimmter Medien und deren Bewertung sich zu diesem Zeitpunkt (kurz vor Weihnachten 2021) gegenseitig stabilisierten. Allerdings lassen sich solche Befunde nicht als kausale Wirkungen der Mediennutzung und -bewertung interpretieren, da es ebenfalls plausibel ist, dass sich die Einstellungen auf die Mediennutzungspräferenzen auswirken. In einem zweiten Schritt werden deshalb die jeweiligen politischen Voreinstellungen (gemessen im September 2021) zusätzlich in die Regressionsmodelle aufgenommen. Wenn sich auch in diesen Modellen signifikante Medieneffekte finden, dann kann man daraus schlussfolgern, dass die Rezeption und Bewertung bestimmter Medieninhalte zu Veränderungen in den Einstellungen zwischen September 2021 und Dezember 2021 beigetragen haben.

Anhand der zweiten Regressionsmodelle werden zwei Sachverhalte sehr deutlich (vgl. Tabelle 1, Spalten 5 bis 8). Erstens ist bei allen politischen Einstellungen eine hohe Stabilität zu erkennen, was durch die großen Effekte der Voreinstellungen ersichtlich wird ($\beta = .53$ bis $\beta = .79$). Die größte intraindividuelle Stabilität ist beim Corona-Verschwörungsglaube zu erkennen ($\beta = .79$; vgl. Abbildung 6). Zweitens wird deutlich, dass auch bei Kontrolle der Voreinstellungen einige Effekte der Medienvariablen auf die politischen Einstellungen erhalten bleiben, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau. Hier kann man nun von Medienwirkungen sprechen, weil die Ergebnisse dafürsprechen, dass die Nutzung und Bewertung von Medien zu Veränderungen in den Einstellungen im Dezember 2021 beigetragen hat. Von den Mediennutzungsvariablen sind es insbesondere öffentlich-rechtliche Fernsehangebote und Boulevardzeitungen, die zu einer Abschwächung bzw. Verstärkung der Einstellungen beitragen. Bei den Medienbewertungen ist es primär das Vertrauen in die Berichterstattung, das zu positiveren politischen Einstellungen beiträgt. Höhere Themenverdrossenheit führt hingegen nur dazu, dass das Verständnis für Corona-Proteste steigt.

Fazit

Ohne Zweifel ist die Corona-Pandemie eine der größten Herausforderungen, denen sich Deutsch-

Nutzung und Bewertung von Medien führen zu Einstellungsänderungen

land wie auch viele andere Länder in den vergangenen Jahren zu stellen hatten. Die Bewältigung der Pandemie hat in vielen Bereichen weitreichende Konsequenzen, einige davon betreffen das politische System selbst. Vor diesem Hintergrund war es das Ziel dieses Beitrags, die politischen Folgen der Corona-Pandemie und die Rolle der Medien in diesem Zusammenhang näher in den Blick zu nehmen. Genutzt wurden hierzu Daten einer quantitativen Panelstudie mit insgesamt acht Befragungswellen, die zwischen April 2020 bis April 2022 durchgeführt wurden.

Ö.-r. Fernsehen und RKI sind intensiv genutzte Informationsquellen

Um die Rolle der Medien besser zu verstehen, wurden zunächst die Nutzung der Medien als Informationsquelle und die Bewertung der Berichterstattung im Zeitverlauf genauer analysiert. Hinsichtlich der Bedeutung der Medien als Informationsquelle zeigen die Befunde zweierlei: Erstens werden die Medien insbesondere zu Beginn der Pandemie und zu Zeiten mit hohem Infektionsgeschehen, in denen auch das Angebot der Medien entsprechend hoch ist, sehr intensiv genutzt. Erst gegen Ende des zweiten Corona-Jahres entkoppeln sich die Entwicklungen. Zweitens variiert die Bedeutung verschiedener Medienangebote als Informationsquellen deutlich. Von den journalistischen Quellen wird das öffentlich-rechtliche Fernsehen über die ganze Zeit am intensivsten genutzt, von den nicht-journalistischen Quellen das RKI. Es zeigt sich, dass gerade während der Krise die zuverlässigen Informationen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der etablierten Wissenschaft von den Bürgerinnen und Bürgern stark nachgefragt wurden und sie ihre Informationsfunktion offenbar erfüllen konnten.

Medienvertrauen nimmt zum Ende des 2. Corona-Jahres ab, Themenverdrossenheit nimmt zu

Die intensive Nutzung der Medien bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen mit der Art der Medienberichterstattung auch zufrieden waren. Zwar ist im ganzen Untersuchungszeitraum ein hohes Vertrauen in die publizistischen Medien bei der Mehrheit der Bevölkerung festzustellen, allerdings sind zu Beginn des zweiten Corona-Jahres deutliche Einbrüche hinsichtlich dieses Vertrauens zu beobachten. Parallel dazu hat die Themenverdrossenheit zugenommen. Von sehr vielen Menschen wird zudem eine starke Verdrängung anderer politischer Themen aus den Medien beklagt. Tatsächlich existiert ein deutlicher Zusammenhang zwischen Nutzungsintensität und wahrgenommener Themenverdrängung. Immer dann, wenn die Medien intensiv berichten und viele Menschen sich intensiv informieren, ist auch der Anteil derjenigen, die Themenverdrängung kritisieren, besonders hoch.

Von besonderem Interesse ist aber die Frage, ob Mediennutzung und -bewertung auch mit politischen Folgen zusammenhängen. Als politische Folgen wurden vier Einstellungen betrachtet, von denen zwei

als Indikatoren einer lebendigen politischen Kultur angesehen werden können, während die anderen beiden für die demokratische Ordnung durchaus problematische Einstellungen erfassen.

Tatsächlich zeigt sich, dass geringes Medienvertrauen und hohe Themenverdrossenheit mit einer negativen Beurteilung der Corona-Politik und einem starken Verständnis für Proteste gegen diese zusammenhängen. Ob sie auch mit weitergehenden problematischen Konsequenzen korrelieren, konnte auf Aggregatenebene nicht geprüft werden, weil nicht ausreichend Messzeitpunkte zur Verfügung standen. Allerdings sprechen die rückläufigen Zustimmungswerte zur Akzeptanz von Gewalt gegen Politiker und die weitgehend stabilen Zahlen beim Glauben an Corona-Verschwörungsmythen eher gegen eine solche Vermutung.

Im zweiten Teil der Studie wurde untersucht, ob sich durch die Analyse von Individualdaten Medieneinflüsse auf die genannten politischen Einstellungen nachweisen lassen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass im Kontext der Corona-Pandemie die Nutzung der verschiedenen Medien und die Bewertung der Berichterstattung teilweise deutlich mit den politischen Einstellungen der Menschen zusammenhängen und sich dabei wiederkehrende Muster zeigen, die normativ durchaus ambivalent einzuschätzen sind. Kausale Medieneffekte auf individuelle Einstellungsänderungen ließen sich jedoch nur vereinzelt und zudem mit deutlich schwächeren Effekten nachweisen.

Drei Befunde sind hervorzuheben: Die Nutzung von Informationsangeboten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens führte durchweg zu positiveren corona-bezogenen politischen Einstellungen. Bedenkt man die intensive Nutzung dieses Angebots im Vergleich zu allen anderen Quellen, dann unterstreichen diese Befunde nicht nur die erfolgreiche Wahrnehmung der Informationsfunktion der öffentlich-rechtlichen Sender, sondern auch, dass deren Qualitätsjournalismus in dieser politisch aufgeheizten Zeit gesellschaftlich stabilisierend wirkte und die Programme ihre Integrationsfunktion erfüllen konnten.

Gegensätzliches lässt sich über die Boulevardzeitungen, allen voran die Bild-Zeitung, im Kontext der Corona-Pandemie sagen. Eine höhere Nutzung von Boulevardzeitungen geht mit einem höheren Verständnis für Corona-Proteste, stärkerem Glauben an Verschwörungsmythen und sogar einer höheren Akzeptanz von Gewalt gegen Politiker einher. Zwar dienen Boulevardzeitungen einer deutlich kleineren Gruppe von Menschen als Informationsquelle über Corona, aber innerhalb dieser Gruppe zeigten sich gesellschaftlich dysfunktionale politische Effekte, die zu einer Radikalisierung beitragen.

Zusammenhang zwischen geringem Medienvertrauen und hoher Themenverdrossenheit

Nutzung und Bewertung der Medien hängen mit politischen Einstellungen zusammen

Qualitätsjournalismus des ö.-r. Fernsehens wirkt gesellschaftlich stabilisierend

Vertrauenswürdige Medien sind essenziell für eine freiheitliche Demokratie

Ein hohes Medienvertrauen hat durchweg positive Effekte auf politische Einstellungen. Dies verdeutlicht einmal mehr, wie sehr Einstellungen gegenüber dem politischen System und dem journalistischen Mediensystem miteinander verbunden sind. Freie Medien, die ihre Aufgabe so erfüllen, dass die Menschen ihnen vertrauen können, erweisen sich nicht nur normativ, sondern auch empirisch als funktionale Voraussetzung für eine freiheitliche Demokratie.

Anmerkungen:

- 1) Angaben zusammengestellt aus WHO (2023). WHO Coronavirus (COVID-19) Dashboard, <https://covid19.who.int/> (abgerufen am 19.2.2023); RKI (2023): COVID-19: Fallzahlen in Deutschland und weltweit, https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html (abgerufen am 19.2.2023).
 - 2) Vgl. ZDF: Long Covid: Protestaktion vor dem Bundestag, 2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-19-uhr/long-covid-protaktion-vor-dem-bundestag-video-100.html> (abgerufen am 19.2.2023).
 - 3) Vgl. Bundesregierung: Interministerielle Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ Abschlussbericht, 2023, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/214866/fbb00bcf0395b4450d1037616450cfb5/ima-abschlussbericht-gesundheitliche-auswirkungen-auf-kinder-und-jugendliche-durch-corona-data.pdf> (abgerufen am 19.2.2023).
 - 4) Vgl. Wolling, Jens/Christina Schumann/Dorothee Artl: Vier Corona-Welten – Divergierende Vorstellungen von einer multiplen Krise und die Rolle der Medien. In: Media Perspektiven 11/2020, S. 578-590.
 - 5) Vgl. Grande, Edgar/Swen Hutter/Sophia Hunger/Eylem Kanol: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Discussion Paper, No. ZZ 2021-601, Berlin, März 2021, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/234470/1/1759173207.pdf>; Lange, Martin/ Ole Monscheuer: Spreading the disease: Protest in times of pandemics. In: Health Economics, 31, 12/2022, S. 2664-2679, <https://doi.org/https://doi.org/10.1002/hec.4602>
 - 6) Vgl. Kemmesies, Uwe/Peter Wetzels/Beatrix Austin/Christian Büscher/Axel Dessecker/Edgar Grande/Diana Rieger. In: MOTRA-Monitor 2021 – Zusammenfassung: Radikalisierung im Schatten der Corona-Pandemie, S.16-39, https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA (abgerufen am 19.2.2023).
 - 7) Vgl. Correctiv: Coronavirus-Faktenchecks, 2023, <https://correctiv.org/faktencheck/coronavirus/> (abgerufen am 19.2.2023).
 - 8) Vgl. WHO: UN tackles 'infodemic' of misinformation and cybercrime in COVID-19 crisis, März 2020, <https://www.un.org/en/un-coronavirus-communications-team/un-tackling-%E2%80%98infodemic%E2%80%99-misinformation-and-cybercrime-covid-19> (abgerufen am 19.2.2023).
 - 9) Vgl. Tagesschau (2022): Bedrohungen von Politikern. „Vorfälle, die nicht hinnehmbar sind“, <https://www.tagesschau.de/inland/corona-kritikerbuergemeister-101.html> (abgerufen am 19.2.2023).
- Vgl. Maurer, Torsten/Matthias Wagner/Hans-Jürgen Weiß: Fernsehnachrichten im Zeichen der Corona-Krise. Ergebnisse des Nachrichtenmonitors 2020. In: Media Perspektiven 3/2021, S. 163-184. Maurer, Marcus/Carsten Reinemann/Simon Kruschinski: Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie. Rudolf Augstein Stiftung 2021. <https://rudolf-augstein-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie-einseitig-unkritisch-regierungsnah-reinemann-rudolf-augstein-stiftung.pdf> (abgerufen am 19.2.2023).
- Degen, Matthias: Aus der Schockstarre zur Akteurszentrierung – die Phasen der Pandemie-Berichterstattung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31, 1/2021, S. 125-131.
- Vgl. Faas, Thorsten/Teodora Bibu/Philippe Joly/David Schieferdecker: Nutzung und Wahrnehmung der Informationslandschaft im zweiten Jahr der Pandemie. Ergebnisse der RAPID-COVID-Panelbefragung. In: Media Perspektiven 1/2022, S. 39-48. Viehmann, Christiana/Marc Ziegele/Oliver Quiring: Gut informiert durch die Pandemie? Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen in der Corona-Krise. Ergebnisse einer dreiwöchigen Panelbefragung. In: Media Perspektiven 10-11/2020, S. 556-577. Wolling, Jens/Christoph Kuhlmann/Christina Schumann/Priscila Berger/Dorothee Artl: Corona 2020 – Zerreißprobe für die Gesellschaft? Persönliches Erleben und mediale Vermittlung einer multiplen Krise. Ilmenau 2021, <https://doi.org/10.22032/dbt.48770> (abgerufen am 19.2.2023).
- 10) Zertifiziert nach Global ISO 20252:2019.
- 11) Um einen quantitativen Eindruck vom Umfang und der Dynamik der Corona-Berichterstattung zu bekommen, wurde die Datenbank LexisNexis genutzt. Durch Suchanfragen wurde für den Zeitraum Februar 2020 (kurz vor der ersten Befragungswelle) bis April 2022 (Ende des Untersuchungszeitraums) für jede Kalenderwoche die Anzahl der veröffentlichten Artikel zum Thema „Corona“ und/oder „Covid“ in allen in der Datenbank verfügbaren deutschsprachigen Zeitungen und Onlineformaten erfasst. Bei den Printmedien enthält die Datenbank unter anderem folgende regionale und überregionale Tages- und Wochenzeitungen: Rheinische Post, Stuttgarter Zeitung, Wiesbadener Kurier, Mitteldeutsche Zeitung, Kölnische Rundschau, Der Tagesspiegel, Die Welt, taz, BILD, die Zeit. Zu den Onlineangeboten von LexisNexis gehören unter anderen Spiegel Online, Rheinische Post Online, ZEIT online, finanzen.net, Börse online, Business Insider Germany, LZ.net, manager magazin online.
- 12) Die coronabezogene Informationsnutzung wurde für alle Quellen auf einer sechsstufigen Skala in Bezug auf die letzten vier Wochen (0 „nie“, 1 „seltener als einmal pro Woche“, 2 „etwa einmal pro Woche“, 3 „mehrmals pro Woche“, 4 „täglich“, 5 „mehrmals täglich“) gemessen. Für die Darstellung der Informationsnutzung im Zeitverlauf wurden die Skalenpunkte 4 und 5 zu „mindestens täglich“ zusammengefasst.
- 13) Alle Medienbewertungsvariablen wurden mit jeweils zwei Items auf einer vierstufigen Skala (1 „stimme gar nicht zu“ bis 4 „stimme völlig zu“) gemessen und jeweils zu einem Index zusammengefasst: Medienvertrauen (Die Berichterstattung über Corona... ist vertrauenswürdig. /...halte ich für korrekt.), Themenverdrossenheit (Die Berichterstattung über Corona...nervt mich. /...mag ich nicht mehr hören und sehen.), Themenverdrängung (Die Berichterstattung über Corona... verdrängt andere wichtige politische Themen. /... lenkt von anderen politischen Problemen ab.)
- 14) Alle Indikatoren zu den politischen Einstellungen wurden auf einer vierstufigen Skala (1 „stimme gar nicht zu“ bis 4 „stimme völlig zu“) gemessen. Unzufriedenheit mit der Corona-Politik der Bundesregierung wurde über alle acht Befragungen hinweg mit drei Items erfasst und zu einem Index zusammengefasst: a) „Mit den Entscheidungen der Bundesregierung in Sachen Corona kann man zufrieden sein“ (gedreht), b) „Die Bundesregierung ist mit Corona überfordert“, und c) „Die Corona-Politik der Bundesregierung nimmt die Ängste und Sorgen der deutschen Bevölkerung ernst (gedreht). Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen sind absolut gerechtfertigt.“
- Verständnis für Corona-Proteste wurde ab der zweiten Befragungswelle mit der folgenden Aussage gemessen: „Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen sind absolut gerechtfertigt.“

Corona-spezifischer Verschwörungsglaube wurde ab der fünften Befragungswelle mit insgesamt drei Items gemessen, die zu einem Index zusammengefasst wurden: a) „Es spricht Einiges dafür, dass das Corona-Virus absichtlich freigesetzt wurde“, b) „Die Corona-Pandemie ist eine Erfindung, um die Freiheit und die Rechte der Bürger einzuschränken“, c) „Corona wird von geheimen Mächten genutzt, um eine Diktatur zu errichten.“ Die Akzeptanz politischer Gewalt wurde ab der fünften Befragungswelle mit der folgenden Aussage gemessen: „Man kann verstehen, wenn Politiker aufgrund ihrer Corona-Politik bedroht werden.“

- 15) Ab der zweiten Befragungswelle wurden die Daten jeweils so gewichtet, dass sie ebenfalls – wie die erste Welle – bevölkerungsrepräsentativ für die deutschsprachigen Onliner ab 18 Jahren in Bezug auf die Merkmale Alter, Geschlecht und Bildung sind.
- 16) Vgl. Faas u.a. (Anm. 11).
- 17) Vgl. ebd.